
Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Mittwoch, 27. August 2025

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:10 Uhr

Vorsitzender: Bgm. Dr. Richard BARTL

Weitere Anwesende: Gvst. Christoph WITSCH
Gvst. Christoph SCHULER
Gr. Alexander SCHNEGG
Gr. Christian SCHATZ
Gr. Reinhard THURNER
Gr. Florian NEURAUTER
Gr. Roland SCHIECHTL
Gr.-Ersatz Franz-Joseph SCHNEGG
Gr.-Ersatz Daniel PRANTL

Entschuldigt: Vbgm. Christine Schnegg, Gr. Anton Krajic, Gr. Barbara Pöll

Schriftführer: Rainer Schiechtl

Bürgermeister Dr. Richard Bartl begrüßt die Gemeinderät:innen und die Zuhörer:innen, Herrn Architekt Mag. Walter Vögele, Agrarobmann Johann Thurner und geht zur Tagesordnung über.

TAGESORDNUNG:

1. Neuer Friedhof (Namensschilder für Garten des Friedens und Sternenkindergrabstätte)
2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 23.07.2025
3. Bericht des Bürgermeisters und der Ausschüsse
4. Vergabe der Vermessung und Geodatenproduktion zum Leitungsinformationssystem (LIS)
5. Nachträgliche Genehmigung des Dienstbarkeitszusicherungsvertrages, abgeschlossen zwischen Öffentliches Gut und TIWAG AG betreffend Gst. 2534/1, 2534/5, 2537, 2725, 2839 und 3090 in EZ 215
6. Abschluss eines Nutzungsvertrages über das Passive FTTB-/FTTH-Netz zwischen Gemeinde Imsterberg und tirolnet gmbh
7. VVT-Angebot zu Fahrplanverbesserungen der Linie 317 Imst – Imsterberg – Imst
8. Beratung und Beschlussfassung von Vertragsentwürfen (Tausch- und Dienstbarkeitsvertrag,

Dienstbarkeitsbestellungsvertrag und Dienstbarkeitszusicherungsvertrag in Zusammenhang mit der Verwirklichung des TIWAG-Projektes „Innstufe Imst-Haiming“ sowie Kaufvertrag zur Erweiterung des Umspannwerkes) zwischen TIWAG AG und Agrargemeinschaft Imsterberg (Gemeindegutsagrargemeinschaft) bzw. der Agrargemeinschaft Imsterberg als Weideberechtigte

9. Beratung und Beschlussfassung über die Zuweisung eines Entschädigungs- bzw. Ausgleichsbetrages an die Agrargemeinschaft Imsterberg mit der Zweckbindung „Heimweide in Imsterau“
10. Anträge, Anfragen und Allfälliges
11. Personalangelegenheiten

Zu Tagesordnungspunkt 1:

Bürgermeister Dr. Richard Bartl erläutert die aktuelle Situation bezüglich der Gestaltung der Namensschilder für den Garten des Friedens und die Sternenkindergabstätte auf dem neuen Friedhof. Er betont, dass eine frühzeitige Festlegung der Gestaltung notwendig sei, um im Anlassfall Verzögerungen zu vermeiden. Mit Arch. Mag. Walter Vögele habe er bereits Vorschläge erörtert, die nun präsentiert werden sollen. Mag. Walter Vögele beschreibt die geplanten Tafeln aus Edelstahl, die leicht vorspringend an der Mauer angebracht werden sollen. Die Namensschilder würden aus Messing gefertigt und in Blockschrift gestaltet, um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten. Es sei vorgesehen, zunächst drei Tafeln zu installieren, die bei Bedarf auf insgesamt sechs erweitert werden könnten. Für die Sternenkindergabstätte sei ein ähnliches System geplant. Vögele weist darauf hin, dass einige Betroffene möglicherweise keine namentliche Kennzeichnung wünschen, was ebenfalls berücksichtigt werden müsse. Der Bürgermeister ruft zur Abstimmung über die vorgestellten Namensschilder auf, die einstimmig angenommen wird.

Im Anschluss leitet Dr. Richard Bartl zu einer allgemeinen Diskussion über die Abgrenzung zwischen dem neuen Friedhof und den angrenzenden Volksschulgebäude über. Er betont, dass eine transluzente, aber dennoch sichtbare Abgrenzung geschaffen werden solle, um den Übergang zu strukturieren. Mag. Walter Vögele schlägt hierfür Lamellen vor, die in regelmäßigen Abständen angebracht werden könnten, um eine gewisse Transparenz zu gewährleisten, jedoch Aktivitäten wie das Überklettern zu unterbinden. Alternativ könnten Begrünungen wie wilder Wein oder andere Rankpflanzen integriert werden. Markus Thuner hatte über Einladung des Bürgermeisters eine dichtere Gestaltung mit Tafелеlementen angedacht, die jedoch von mehreren Gemeinderatsmitgliedern als zu massiv empfunden wird. Es wird beschlossen, ein Muster der Lamellen anzufertigen, um die Wirkung und Funktionalität zu testen.

Bürgermeister Dr. Richard Bartl bringt anschließend das Thema der Bestattungsmöglichkeiten für Andersgläubige und konfessionslose Personen auf dem neuen Friedhof zur Sprache. Er berichtet von einer Anfrage einer Familie, die für ein verstorbene Familienmitglied, das in der Türkei bestattet wurde, eine Gedenkstätte im neuen Friedhof wünscht. Es wird vereinbart, dass der Familie zunächst ein Namensschild im Garten des Friedens angeboten wird, es sei denn, es bestehen konkrete Bestattungspläne und eine Konversion zum Christentum liegt vor. In diesem Fall könnte ein Urnengrab in zugewiesen werden. Für Andersgläubige sind Urnengräber an der westlichen Friedhofsmauer angedacht.

Beschluss:

Abstimmung über die vorgestellten Namensschilder für den Garten des Friedens und die Sternenkindergabstätte.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 2:

Richard Bartl weist darauf hin, dass es eine kleine Änderung gegeben habe, die von Barbara Pöll angeregt worden sei. Diese habe den Wunsch geäußert, namentlich angeführt zu werden. Er fragt, ob es weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche gebe. Da keine weiteren Anmerkungen vorgebracht werden, ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über die Genehmigung der Sitzungsniederschrift auf.

Beschluss:

Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 23. Juli 2025

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt

Zu Tagesordnungspunkt 3:

- a) Der Bürgermeister berichtet über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der ÖBB bezüglich der Zweigleisigkeit in der Imsterau. Er weist darauf hin, dass am 10. September zwischen 10:00 und 12:00 Uhr eine weitere Zusammenkunft mit der ÖBB stattfinde, bei der die Ergebnisse der ÖBB-Überlegungen nach den politischen Verhandlungen präsentiert würden. Er betont die Wichtigkeit der Teilnahme von Gemeinderatsmitgliedern, auch wenn der Termin am Vormittag liege. Dr. Richard Bartl erinnert an die Diskussionen der letzten Gemeinderatssitzung, insbesondere an die Berichterstattung der ÖBB, die er als unwahr und unseriös bezeichnet. Er erklärt, dass eine Bürgerinitiative gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-Gesetz) erst nach Einleitung des UVP-Verfahrens gegründet werden könne und dabei strenge rechtliche Vorgaben zu beachten seien. Um die Nachhaltigkeit der Bewegung zu sichern, habe er die Gründung eines Vereins vorgeschlagen, der als juristische Person agieren könne. Weiters hebt er hervor, dass er und Bernhard Schöpf (Bürgermeister Mils) bereit seien, dem Verein beizutreten. Er führt weiter aus, dass die Tunnelvariante weiterhin als bevorzugte Variante gelte. Gleichzeitig sei es notwendig, alternative Trassenvarianten zu prüfen. Der Bürgermeister bemerkt, dass bei einer Zusammenkunft (von der er nichts wusste) mit mehreren Bauern aus der Imsterau, eine überarbeitungsbedürftige Inn-Variante vom DI Bernd Egg vom Februar 1990 vorgestellt worden sei. Diese Variante sei nicht mehr aktuell und müsse überarbeitet werden. Er betont, dass der Hochwasserschutz am Inn in Verbindung mit der Zweigleisigkeit eine mögliche Lösung darstellen könnte, jedoch weitere Diskussionen und Planungen erforderlich seien.
- Gvst. Christoph Schuler weist darauf hin, dass der Hochwasserschutz in erster Linie dem Siedlungsschutz diene und eine wesentliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation darstelle. Er betont, dass die Freistellung landwirtschaftlicher Flächen im Rahmen des Projekts berücksichtigt werde, jedoch der Schutz von Siedlungen Vorrang habe. Er warnt davor, die Chance auf eine Umsetzung des Projekts zu verspielen, da dies langfristig zu erheblichen Problemen führen könnte.
- Dr. Richard Bartl erklärt, dass im September eine Entscheidung über die Teilnahme am Einreichdetailprojekt getroffen werden müsse.
- b) Gr. Reinhard Thurner berichtet über die Planungen für den Vereinstag, der ursprünglich für den 09.11.2025 vorgesehen war. Aufgrund von Terminüberschneidungen und organisatorischen Herausforderungen sei der Termin auf Mai des nächsten Jahres verschoben worden. Er erläutert, dass das Konzept eine Familienwanderung am Vormittag, Aktivitäten für Kinder zu Mittag und die Vorstellung der Vereine am Nachmittag umfasse.
- c) Dr. Richard Bartl informiert über weitere geplante Veranstaltungen, darunter der Tag der offenen Tür im Gemeindeamt am 14. September und die Segnung des Gemeindeamtes sowie der

Freikrippe am 30. November. Er stellt ein Muster eines Geschenkes zur Jungbürgerfeier vor und betont, dass die Produktion der Geschenke mit Zustimmung des Gemeinderats in Auftrag gegeben werde.

- d) Gr. Roland Schiechl berichtet über die Sitzung des Überprüfungsausschusses am 2. Juli 2025, bei der die Finanzen des zweiten Quartals geprüft worden seien. Er bestätigt, dass alle Unterlagen vollständig und ordnungsgemäß geführt worden seien. Er erklärt, dass keine Mängel festgestellt worden seien und die Finanzen der Gemeinde ordnungsgemäß verwaltet würden.

Zu Tagesordnungspunkt 4:

Dr. Richard Bartl erläutert, dass die Gemeinde ein Leitungsinformationssystem (LIS) benötige. Dieses stellt exakt die Trinkwasserleitungen und die Kanalisation im Gemeindegebiet dar. Er betont, dass die Notwendigkeit eines solchen Systems erforderlich sei und dass ohne dessen Umsetzung keine Förderungen für Instandhaltungen im Wasserleitungs- und Kanalnetz mehr zu lukrieren wären. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im kommenden Jahr Instandhaltungsmaßnahmen anstehen. Er berichtet, dass er bereits im Vorfeld Gespräche mit dem Vermessungsbüro AVT sowie dem Ingenieurbüro Gstrein & Partner geführt habe. Die Kosten für die Vermessung und Geodatenproduktion belaufen sich auf etwa 100.000 Euro.

Nach Diskussion kommt der Gemeinderat darüber überein, dass weitere Anbieter mit einer Frist von 2 Wochen zur Anbotstellung aufgefordert werden sollen. Der Gemeinderat überträgt dem Gemeindevorstand die Vergabe nach dem Billigstbieterprinzip.

Beschluss:

Abstimmung über die Vergabe der Vermessung und Geodatenproduktion nach dem Billigstbieterprinzip mit Übertragung der Entscheidung an den Gemeindevorstand.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 5:

Der vorliegende Dienstbarkeitszusicherungsvertrag zwischen Öffentliches Gut und der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG, betreffend Gst. 2534/1, 2534/5, 2537, 2725, 2839 und 3090, alle in EZ 215, KG Imsterberg wird vom Gemeinderat nachträglich einstimmig genehmigt. Der Grundeigentümer verpflichtet sich, den von der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG noch vorzulegenden verbücherungsfähigen Dienstbarkeitsbestellungsvertrag rechtsgültig zu unterfertigen.

Beschluss:

Nachträgliche Genehmigung des Dienstbarkeitszusicherungsvertrages, abgeschlossen zwischen Öffentliches Gut und der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG, betreffend Gst. 2534/1, 2534/5, 2537, 2725, 2839 und 3090 in EZ 215, KG Imsterberg.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 6:

Dr. Richard Bartl führt aus, dass es sich hierbei um eine wiederkehrende Thematik handle, da bereits mehrere Provider die Leitungsrechte in Anspruch genommen hätten. Dies sei aus seiner Sicht gerechtfertigt, da die Gemeinde dadurch Einnahmen generiere und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern von Imsterberg ein erweitertes Angebot an Glasfaseranschlüssen durch verschiedene Anbieter zur Verfügung gestellt werde.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den vorgiegenden Nutzungsvertrag über das passive FTTB-/ FTTH-Netz (Passive Sharing) zwischen der Gemeinde Imsterberg und der tirolnet gmbh.

Beschluss:

Abschluss eines Nutzungsvertrag über das passive FTTB-/ FTTH-Netz (Passive Sharing) zwischen der Gemeinde Imsterberg und der tirolnet gmbh.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 7:

Der Bürgermeister berichtet, dass er sich in einem längeren Austausch mit dem Verkehrsverbund Tirol (VVT), der Kindergartenleitung und der Volksschuldirektion betreffend die Verbesserung der Busverbindungen befinde. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Er schlägt vor, die Entscheidung mit einer jährlichen Obergrenze von 2.500 Euro an den Gemeindevorstand zu delegieren, um rasch Fahrplanverbesserungen anbieten zu können. Ziel sei es, ein verbessertes Angebot für Schüler, Kindergartenkinder und Pendler zu schaffen, insbesondere durch bessere Anschlussmöglichkeiten an Bus und Bahn in den frühen Morgenstunden.

Gr. Christoph Schuler fragt nach der Situation der Busverbindungen mittags und weist auf Probleme hin, die durch den Ausfall von Bussen entstehen. Gr. Florian Neurauder ergänzt, dass Schüler oft lange auf den Bus warten müssten, insbesondere am Nachmittag. Bürgermeister Richard Bartl bestätigt, dass dies auch mit dem VVT erörtert wurde. Er betont, dass die Verhandlungen mit dem VVT fortgesetzt werden, um eine Lösung zu finden, die auch finanzierbar sei.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass anschließend eine vertiefende Prüfung im Gemeindevorstand erfolgen soll, um eine Entscheidung zu treffen.

Beschluss:

Entscheidungsübertragung an den Gemeindevorstand bis zu einer Obergrenze der Kosten in Höhe von EUR 2.500 / jährlich.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 8:

Der Bürgermeister Dr. Richard Bartl beantragt den Tagesordnungspunkt 8. um den Gegenbrief – Zusatzvereinbarung zwischen Agrargemeinschaft und TIWAG AG, Zahl B2025-0338, zu ergänzen. Der Gemeinderat stimmt diesen Antrag einstimmig zu.

Dr. Richard Bartl hebt hervor, dass die Verhandlungen mit der TIWAG über mehrere Jahre hinweg intensiv geführt wurden und sowohl die Gemeinde (Substanzverwaltung) als auch die Agrargemeinschaft

gemeinsam am Verhandlungstisch saßen. Johann Thurner, Obmann der Agrargemeinschaft, erläutert die Details der Verhandlungen. Er erklärt, dass es um Ersatzflächen für Weideflächen gehe, die durch das Bauprojekt der TIWAG verlorengehen bzw. beeinträchtigt würden.

Johann Thurner führt aus, dass die Verhandlungen durch Vermessungsfehler und komplexe rechtliche Rahmenbedingungen erschwert wurden. Er beschreibt, dass die TIWAG verpflichtet sei, Ersatzflächen bereitzustellen, und dass diese Flächen durch umfangreiche Vermessungen und Verhandlungen identifiziert wurden. Zudem seien Entschädigungen für die Nutzung von Weideflächen während der Bauzeit vereinbart worden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, das sowohl für die Gemeinde als auch für die Agrargemeinschaft vertretbar und über weite Strecke vorteilhaft sei. Der Agrarobmann hebt hervor, dass die Verhandlungen eine faire Lösung für alle Beteiligten darstelle.

Der Bürgermeister beantragt zu Tagesordnungspunkt 8., folgende Verträge und den Gegenbrief abzuschließen:

- a) Tausch- und Dienstbarkeitsvertrag, Agrargemeinschaft Imsterberg / TIWAG AG, Zahl K2024-0058
- b) Dienstbarkeitsbestellungsvertrag, Agrargemeinschaft Imsterberg / TIWAG AG, Zahl K2025-0035
- c) Dienstbarkeitszusicherungsvertrag, Agrargemeinschaft Imsterberg / TIWAG AG, Zahl K/2025/0230-1748
- d) Kaufvertrag, Agrargemeinschaft Imsterberg / TIWAG AG, Zahl K2025-0038
- e) Gegenbrief – Zusatzvereinbarung, Agrargemeinschaft Imsterberg / TIWAG AG, Zahl B2025-0338

Nach Erläuterung der einzelnen Verträge und des Gegenbriefes werden diese vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

Beschluss:

Abschluss der Verträge und des Gegenbriefes zwischen der Agrargemeinschaft Imsterberg und der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG wie oben angeführt.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 9:

Der Bürgermeister beantragt - vorbehaltlich der rechtswirksamen Beschlussfassung des Agrargemeinschaftsausschusses vom 26. August 2025, dass die Entschädigung für den Weideentgang auf der Gemeindedepone (u.a. zur Endlagerung von Bauaushubmaterial) damit unwiderruflich abgegolten ist und auf die einschlägigen Weiderechte auf der Deponiefläche verzichtet wird - die Zweckbindung eines Entschädigungs- bzw. Ausgleichsbetrages iHv Euro 200.000,- (zusätzlich einer allfälligen Indexanpassung) für die „Heimweide in Imsterau“. Direktausschüttungen an einzelne Anteilsberechtigten der „Heimweide in Imsterau“ sind ausgeschlossen.

Beschluss:

Beschlussfassung über die Zuweisung eines Entschädigungs- bzw. Ausgleichsbetrages an die Agrargemeinschaft Imsterberg mit der Zweckbindung „Heimweide in Imsterau“.

Ergebnis:

Einstimmig genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 10:

- a) Gr. Roland Schiechl fragt nach, warum der Sportplatz nicht gemäht ist. Sobald die Wetterlage diese Arbeit wieder zulässt, wird der Sportplatz von den Gemeindearbeitern gemäht. Eine Übernahme der Mäharbeiten durch den Sportverein sowie durch die Jungbauern-Landjugend befindet sich in Abklärung, so der Bürgermeister.
- b) Der Gemeinderat einigt sich darauf, dass die Gemeinderatssitzungen künftig in den Sommermonaten Mai bis September um 20:00 Uhr zu beginnen.
- c) Gr. Christoph Schuler erkundigt sich nach den offiziellen Anschlagtafeln der Gemeinde und ob die digitale Amtstafel die analoge ersetzen solle. Der Bürgermeister erklärt, dass die analoge Amtstafel für amtliche Mitteilungen rechtlich im Hinblick auf Kundmachungen (Gefahr von unterschiedlichen Anschlagsvermerken) problematisch sei und daher eingestellt wurde. Sie solle jedoch weiterhin für Veranstaltungsankündigungen genutzt werden. Im nächsten Rundschreiben der Gemeinde wird dazu ausführlich berichtet. Gr. Christoph Schuler fragt nach der Handhabung von Mitteilungen der Agrargemeinschaft, woraufhin der Bürgermeister betont, dass die digitale Amtstafel nur für die Gemeinde gelte. Die bisherige Anschlagtafel stehe der Agrargemeinschaft weiterhin zur Verfügung.
- d) Gr.-Ersatz Daniel Prantl weist auf die schiefe Laterne bei der Bushaltestelle „Erlenau“ hin und erkundigt sich, wer dafür zuständig ist. Der Bürgermeister erklärt, dass hierfür die Gemeinde zuständig sei und diese von Gemeindearbeitern zeitnah aufgerichtet werde.
- e) Bürgermeister Dr. Richard Bartl spricht das Thema der „kleinen“ Feuerbeschau an und betont die Notwendigkeit, diese bei öffentlichen Gebäuden und landwirtschaftlichen Betrieben regelmäßig durchzuführen sind. Die Aufsichtsbehörde habe die Gemeinden schon vor längerem aufgefordert und im Rahmen einer letztjährigen Bürgermeister:innen-Konferenz sei die Einhaltung dieser Verpflichtung ausdrücklich betont worden, den periodischen Überprüfungen nachzukommen. Er weist darauf hin, dass die umliegenden Gemeinden bereits schon seit geraumer Zeit begonnen hätten, Feuerbeschauren durchzuführen und betont die Haftungsrisiken für die Gemeinde, falls dieser rechtlichen Verpflichtung nicht entsprochen werde.

Zu Tagesordnungspunkt 11:

Vom Gemeinderat wird einstimmig festgelegt, den Tagesordnungspunkt 11. „Personalangelegenheiten“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Vom Gemeinderat wird einstimmig beschlossen, dass Frau Katharina Haid als pädagogische Fachkraft für den Kindergarten im Ausmaß von 7h/Woche ab 08.09.2025, vorläufig befristet bis zum 10.07.2026, angestellt wird.

Für weitere Details wird eine eigene Niederschrift gefertigt.



Mitglieder des Gemeinderates:



Der Bürgermeister:



Der Schriftführer: